



Jahresbericht Ruanda 2019

Am 22. Februar 2019 veröffentlichte Amnesty International das Briefing „[Rwanda: Investigate Killings of Refugees](#)“. Hintergrund: im Februar 2018 hatten Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Kongo mehrere Tage lang in der Stadt Karongi und im Flüchtlingslager Kiziba im Westen Ruandas gegen eine Kürzung der staatlichen Unterstützung protestiert. Ruandische Polizeibeamte hatten erst Tränengas eingesetzt und dann auf die Protestierenden geschossen, mindestens 11 Demonstrant*innen wurden getötet. Aussagen der ruandischen Regierung deuten darauf hin, dass der Schwerpunkt der polizeilichen Ermittlungen bisher eher auf der Untersuchung der Beteiligung von Geflüchteten an den Protesten als auf dem Verhalten der Polizei lag. Die National Commission for Human Rights bestätigte diese Einschätzung. Tatsächlich wurden mindestens 63 Geflüchtete im Zusammenhang mit den Protesten angeklagt, unter anderem auf Grund von „Teilnahme an und Organisation von illegalen Demonstrationen“, „Verbreitung falscher Informationen mit der Absicht, eine feindliche internationale Meinung gegen die Regierung herzustellen“ und „Gewalt gegen Behörden“. Amnesty International kritisierte scharf, dass demonstrierende Geflüchtete festgenommen und strafrechtlich verfolgt würden, während die Polizisten, die auf die Demonstrierenden geschossen hätten, nicht zur Rechenschaft gezogen würden. Amnesty International forderte die ruandischen Behörden nachdrücklich auf, eine unabhängige und unparteiische Untersuchung des Vorgehens der Polizei einzuleiten. Während dieser Untersuchung sollten die betroffenen Beamten vom Dienst suspendiert werden. Wenn ausreichende Beweise vorlägen, sollten alle Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden. Um die rechtswidrige Anwendung von Gewalt zukünftig zu vermeiden, sollten die ruandischen Behörden ihre Richtlinien zum Einsatz von Gewalt und Schusswaffen während öffentlicher Versammlungen dringend überprüfen.

Am [07. April 2019 erinnerte Amnesty International an den Beginn des ruandischen Völkermords](#), der vom 07. April 1994 bis zum Juli 1994 andauerte. Rund 800.000 Menschen wurden getötet, tausende Menschen wurden gefoltert, vergewaltigt und anderen Formen sexueller Gewalt ausgesetzt. Die Opfer waren in erster Linie Tutsi sowie Hutu, die sich gegen den Völkermord und die ihn leitenden Kräfte ausgesprochen hatten. Obwohl der unmittelbare Auslöser für die Morde an den Tutsi der offensichtliche Abschuss des Flugzeugs des damaligen Präsidenten Juvenal Habyarimana über Kigali in der Nacht des 06. April war, war der Völkermord schon lange geplant worden. Auch 25 Jahre später sei gewaltsames Vorgehen einer Bevölkerungsgruppe gegen eine andere Gruppe überall auf der Welt zu beobachten: Im August 2017 etwa startete Myanmars Militär eine Kampagne zur „ethnischen Säuberung“ im Bundesstaat Rakhine in dem überwiegend muslimische Rohingya lebten. Dörfer wurden niedergebrannt, Frauen und Kinder vergewaltigt und tausende Menschen getötet, so dass mehr als 720.000 Rohingya in das benachbarte Bangladesch flohen. Amnesty International forderte die Staatengemeinschaft auf, sich in Erinnerung an den Völkermord in Ruanda aktiv gegen politische Spaltungen einzusetzen. Nur so können das „Nie wieder“, das nach dem Ende des Krieges in Ruanda ausgerufen wurde, tatsächlich sichergestellt werden.

Am 23. September 2019 wurde der Oppositionspolitiker Syldio Dusabumuremyi von zwei unbekannt Personen angegriffen und erstochen. [Amnesty International forderte eine umgehende](#)

und gründliche Untersuchung. Es handelt sich nicht um einen Einzelfall: Am 9. März 2019 wurde Anselme Mutuyimana, ein Assistent der Oppositionsführerin Victoire Ingabire, am Rande des Gishwati-Waldes im Nordwesten Ruandas tot aufgefunden. Die Oppositionspolitikerin Illuminée Iragena wird seit März 2016 vermisst (siehe [Jahresbericht 2017](#)). Berichten zufolge ist sie in Haft gefoltert worden und anschließend gestorben, eine offizielle Bestätigung hierfür liegt jedoch nach wie vor nicht vor.